

Themen dieser Ausgabe:

Bildungs- und Teilhabepaket für Hartz IV-Familien

Flüchtlingspolitik & Abschiebungen nach Syrien

Beziehungen zu Dänemark und deren Grenzkontrollen

Europäische Atompolitik

CCS-Technologie

Betreuungsgeld

Situation der Hebammen und Geburtshelfer

Übernahme des IFM-Geomar

Glücksspielgesetz

Finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein

Vermittlung von Fremdsprachen

Ausbildungssituation von Jugendlichen

Antje Jansen: »Das Bildungs- und Teilhabepaket ist nicht glaubwürdig!«



Antje Jansen,
Sozialpolitische Sprecherin

Auf der Tagesordnung stand das Ausführungsgesetz zum SGB II und zum Bundeskindergeldgesetz. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in einem beschleunigten Verfahren durch den Landtag geschleust, weil erst dieses Gesetz die Rechtsgrundlagen für die Kommunen schafft, um das rückwirkend zum 1. Januar geltende Bildungs- und Teilhabepaket für Hartz IV-Kinder in den Jobcentern umsetzen zu können. Die Schwarz-Gelben Regierungsfractionen, aber auch SPD und Grüne legten erwartungsgemäß den Schwerpunkt ihrer Debattenbeiträge auf die Notwendigkeit, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets schnellstmöglich in die Hartz IV-Familien zu bringen.

Anders DIE LINKE. Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, nahm das schleppende Anlaufen des Pakets in Schleswig-Holstein zum Anlass, die Pleiten und Pannen beim Einstieg als Ergebnis der politischen Pfscherei offenzulegen, die hinter der gesamten Neufassung der Kinderregelsätze steckt. »Die Wirklichkeit zeigt seit Inkrafttreten der SGB II-Reform Ende März, dass das Bildungs- und Teilhabepaket nicht glaubwürdig ist«, sagte Antje Jansen in ihrer Rede:

»Das Paket wird in den betroffenen Familien nicht akzeptiert. Das ist auch kein Wunder. Das Paket presst die Diskriminierung von Eltern in Gesetzesform, denen man kein Geld in die Hand geben mag.« Diesen Generalverdacht bezeichnete Antje Jansen als schlicht unverschämte. Sie wies auf Untersuchungen hin, die eindeutig belegen: Auch in Familien, die von Grundsicherungsleistungen überleben müssen, wird verantwortungsvoll mit dem wenigen Geld umgegangen. Auch in diesen Familien kommen die Kinder zuerst und es wird für die Kinder auf vieles verzichtet.

Zwar versuchte Sozialminister Dr. Heiner Garg in der weiteren Debatte, die Feststellung eines Generalverdachts bei den Hartz IV-Parteien als ungeheuerliche Unterstellung zurückzuweisen. Aber selbst dabei rutschte ihm wieder die Argumentation mit den Kindern aus Hartz IV-Familien durch, denen die soziale Teilhabe vorenthalten bleibe, wenn ihre Eltern Zugriff auf Geldleistungen bekämen.



Foto: S. Hofschläger@pixelio.de

Antje Jansen begründete in ihrer Rede, warum DIE LINKE trotz ihrer generellen Ablehnung der Gutscheinelösung dem vorgelegten Ausführungsgesetz für Schleswig-Holstein dennoch zugestimmt habe:

»Wir als LINKE wollen Bildungschancen und wir wollen soziale und kulturelle Teilhabe für alle Kinder. Natürlich werden wir hier nicht blockieren, damit das Wenige, das das Teilhabepaket beinhaltet zumindest ankommen kann bei den Kindern und Jugendlichen.«

Allerdings werde sich DIE LINKE durch ihre Zustimmung nicht zum Komplizen eines weiteren Etikettenschwindels im Hartz IV-System machen. Es bleibe klar festzuhalten: »Das Bildungs- und Teilhabepaket ist der politische Offenbarungseid einer Regierung, die nicht gewillt ist, Bildung und soziale Teilhabe für alle Kinder institutionell zu fördern und garantieren!«

Solidarität mit den demokratischen Bewegungen und schnelle unbürokratische humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge!



Heinz-Werner Jezewski,
Flüchtlingspolitischer Sprecher



Auf unsere Initiative hin wagte der Landtag einen Blick über den schleswig-holsteinischen Tellerrand. Unser Antrag „Solidarität mit den demokratischen Bewegungen weltweit/humanitäre EU-Flüchtlingspolitik statt Festung Europa“ (Drs. 17/1363) legt einen Fokus auf die Umwälzungen in den nordafrikanischen Ländern und den Ländern des nahen Ostens und solidarisiert sich mit diesen Protesten. Neben der Forderung nach schneller und unbürokratischer humanitärer Hilfe für Flüchtlinge, wollen wir auch eine Flüchtlingsaufnahme nach Schleswig-Holstein, sowie ein Ende der FRONTEX-Einsätze an den europäischen Außengrenzen. Wie immer war das, was die regierungstragenden Fraktionen dazu zu sagen hatten, nichts als heiße Luft. Die Verantwortung wird auf andere europäische Staaten, wie zum Bei-

„Ich weiß, dass Schleswig-Holstein nicht zu den reichsten Bundesländern gezählt wird, aber verglichen mit dem Tschad, Burkina Faso oder Syrien sind die Verhältnisse, in denen wir leben geradezu phantastisch. [...] Es erscheint mir zynisch von Hilfe im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten zu reden, wie es Union und FDP in ihrem Änderungsantrag tun.“
(Heinz-Werner Jezewski)

Abschiebungsstopp nach Syrien oder Aufkündigung des Rückübernahmeabkommens?

Die Grünen haben einen Antrag gestellt, in dem ein Abschiebungsstopp nach Syrien gefordert wird. Wir möchten darüber hinausgehen. DIE LINKE hält bereits das Rückübernahmeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Syrien für falsch. Aufgrund dieses Abkommens sind bundesweit schon heute 160 Menschen für eine Abschiebung in diesem Jahr vorgemerkt.

In Schleswig-Holstein leben 133 nach Syrien ausreisepflichtige Menschen, davon 100 bereits seit mehr als 6 Jahren. Für diese Menschen fordern wir in unserem Antrag eine wirksame Bleiberechtsregelung. Darüber verliert der Grünen-Antrag leider kein Wort. Doch wie zu erwarten war, wurden beide Anträge von CDU und FDP abgelehnt.

„Grenzkontrollen durch Dänemark



Foto: Thommy-Weiss@pixelio.de

Dänemark will wieder Grenzkontrollen einrichten. Die dänische rechtspopulistische Partei SVP will ihr Wahlversprechen wahr machen und „im Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung“ die Grenzen kontrollieren. Damit wenden sie sich nach einhelliger Meinung aller Parteien im Landtag gegen wesentliche europäische Werte. In der Debatte wollten die einen den europäischen Gedanken stärker in den Mittelpunkt stellen, die anderen betonten dagegen stärker ihre Ablehnung gegenüber der rechtspopulistischen SVP. Am Ende wurde ein Antrag, der das dänische Vorhaben verurteilt, einstimmig angenommen.



Foto: Renate Tröbe@pixelio.de



Foto: Cosmoproletarian Solidarity

spiel Italien, an die EU oder die Bundesregierung abgeschoben. Hilfe wollen CDU und FDP nur im Rahmen der „gesetzlichen Verpflichtungen“ und der „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ bereitstellen. Was das heißt, wissen wir alle: Es wird sich nichts ändern und nichts verbessern. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Ausstieg aus der Atomenergie - Erneuerbar, europaweit!

Es vergeht bis zum Ausstieg keine Landtagssitzung ohne die Gefährlichkeit der Nutzung von nuklearer Energie bzw. Atomkraftwerken zu behandeln. So war es auch dieses Mal. Ein Antrag, der unter anderem auf die Aufkündigung des EURATOM-Vertrages und seine Änderung bis Laufzeitende vorsieht, wurde von der Fraktion DIE LINKE sowie den anderen Oppositionsparteien begrüßt. Dabei soll die Änderung die Verpflichtung zum Atomausstieg und die Umwidmung der EU-Mittel zur Förde-



rung der Ausstiegsszenarien beinhalten. Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende und energiepolitische Sprecherin führte in ihrer Rede deutlich aus, dass der EURATOM-Vertrag einzig-

und allein die europäische Nuklearindustrie fördere. Sie machte deutlich, welches undemokratische Instrument der EURATOM-Vertrag sei, der zwar von den Bürgerinnen und Bürgern finanziert werde, diesen aber keinerlei demokratischer Kontrolle durch das Europäische Parlament zubillige. Sie forderte ein sofortiges, politisches Moratorium der EU-Atomenergieförderung, den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und ein europaweites Ausstiegsszenario. „Wir müssen endlich raus aus der Atomkraft und rein in eine erneuerbare und demokratische Energieversorgung“, so Prante. Wieder einmal zeigten sich die regierungstragenden Fraktionen unbelehrbar und lehnten den Antrag ab. Stattdessen wurde mit einer Stimme Mehrheit ein Antrag von Schwarz-Gelb beschlossen, der jegliche Kritik am EURATOM-Vertrag vermissen ließ.



CCS-Technologie - Verhalten der Landesregierung

Das Thema CCS schlug in den letzten Wochen bundesweit hohe Wellen. So war es auch nicht verwunderlich, dass der CCS-Gesetzesentwurf der Bundesregierung auch im Kieler Landtag thematisiert wurde.

Die Linksfraktion hatte zu dem Antrag von Bündnis90/ Die Grünen, der die Landesregierung schlicht aufforderte, die Zustimmung zum CCS-Gesetz im Bundesrat zu verweigern, einen Änderungsantrag eingereicht, der die Aufforderung enthielt, sich für ein bundesweites Verbot von CCS auf Grundlage des Artikels 4 der CCS-EU-Richtlinie einzusetzen.

Ranka Prante, die energiepolitische Sprecherin, begründete dies nicht nur mit der Gefährlichkeit von der Abscheidung und der unterirdischen Verpressung von CCS für die Bevölkerung. Sie wies deutlich darauf hin, dass CCS auch die Planung, den Bau und den Bestand weiterer Kohlekraftwerke legitimiere und damit energiepolitisch als Trojanisches Pferd anzusehen sei.

Weiterhin verurteilte sie die Landesregierung dafür, den bestehenden CCS-Gesetzesentwurf samt unzureichender Länderklausel als Sieg gefeiert zu haben, da auch dieser keine Sicherheit bringe, weil er eine Rechtssicherheit für den Ausschluss von CCS in einzelnen Bundesländern nie vorsah. Dies hatte einen Tag

zuvor auch ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ergeben. Zusammen mit den anderen Oppositionsparteien konnte DIE LINKE deutlich machen, dass das Versprechen der Landesregierung sich auf Bundesebene gegen CCS in Schleswig-Holstein stark zu machen, nichts als heiße Luft ist und die Länderklausel „nicht das Papier wert sei, auf dem sie geschrieben steht“.

Leider wurden beide Anträge von den regierungstragenden Parteien abgeschmettert. Auch die Grünen stimmten dem Antrag nicht zu. Schwarz-Gelb konnte mal wieder mit einer Stimme Mehrheit ihren eigenen Antrag zu diesem Thema, der vor Selbstbeweihräucherung und Unbelehrbarkeit nur so strotzte und u.a. die Bemühungen der Landesregierung zum CCS-Gesetzesentwurf lobt, durchdrücken. Dass CCS den Föderalismus nicht kennt und nicht vor Ländergrenzen halt macht, haben sie wohl, zum Wohle der CCS-Lobby und zu Lasten der Bevölkerung, immer noch nicht verstanden.



Foto: GuentherHH@flickr.de

„Herr Magnussen (CDU), ich möchte gern noch einmal auf Ihren Redebeitrag eingehen: Atomkraft ist gut für Arbeitsplätze? Sie wissen, dass die vier großen Energiekonzerne in den letzten Jahren zig Tausende Arbeitsplätze abgeschafft haben und dass im Bereich der erneuerbaren Energien mittlerweile 340.000 Menschen in Arbeit sind. Es wird davon ausgegangen, dass demnächst die Grenze von 500.000 Arbeitsplätzen erreicht wird. Ich weiß nicht, warum sie dieses Ammenmärchen erzählen.“



Ranka Prante,
Energiepolitische Sprecherin

Betreuungsgeld ist Ablasshandel auf Kosten der Chancengleichheit für Kinder!

„Das Betreuungsgeld ist kein Anreiz zu arbeiten, und es ist erst recht nicht gut für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist ein Griff in die Mottenkiste. Das Betreuungsgeld verfestigt überholte Rollenbilder, weil es doch zumeist Frauen sein werden, die zuhause bleiben. [...] Wir denken, das ist ein Rollenbild der 50-er und 60-er Jahre. [...] Wir wollen nicht mehr, dass Frauen hinter dem Herd stehen.“
(Antje Jansen, DIE LINKE)

Bis zum Jahr 2013 müssen für 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze geschaffen werden. Zur Erfüllung dieser Quote fehlen in Schleswig-Holstein zurzeit noch 9.000 Krippenplätze. Gegen die Einführung eines so genannten Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder unter drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, hatte sich schon die Bundestagsfraktion der LINKEN klar und eindeutig positioniert. In der Mai-Sitzung des Kieler Landtages lag nun ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der nochmals eine Bundesratsinitiative verlangte, um die geplante Einführung des Betreuungsgeldes ab 2013 aufzuhalten. Die geschätzten zwei Milliarden Euro jährliche Kosten sollen in den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur in den Kommunen investiert werden. DIE LINKE hat diesen Antrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag unterstützt.



Foto: Heike Berse@pixelio.de

Zur Begründung erklärte Antje Jansen als sozialpolitische Sprecherin der Fraktion in ihrer Rede: »Mit dem geplanten Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro monatlich ab 2013 setzt der Staat einen Anreiz dafür, dass Eltern ihre unter

dreijährigen Kinder zuhause betreuen. Damit werden einkommensschwache Familien dazu verführt ihre Kinder nicht in einer KiTa anzumelden, damit sie Betreuungsgeld anrechnungsfrei zusätzlich zu Hartz IV oder zum Minijob erhalten. Indem die Bundesregierung den Armen den Kitaplatz abkauft, werden die Integration der Kinder und ein gemeinsames Lernen, was zur Chancengleichheit führen könnte, von Anfang an unmöglich gemacht.« Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte sich unter Hinweis auf den gerade erschienenen „Zweiten Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes“ der Bundesregierung zweckoptimistisch gezeigt und die Erfüllung der Betreuungsquote von 35 Prozent für erreichbar erklärt.

Im Einklang mit den deutlichen Warnungen von sozialen Trägerverbänden und Kommunen machte Antje Jansen in ihrer Rede deutlich, dass die Aussagen der Landesregierung zur Erreichbarkeit des Ziels für sich genommen wertlos sind:

»Das tatsächliche Erreichen der Quote bleibt vor dem Hintergrund der Finanznot der Kommunen ein Kraftakt. Das gilt insbesondere für die Plätze, die für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit am wichtigsten sind: Plätze in Ganztageeinrichtungen, also Plätze mit flexiblem Betreuungsangebot. Anstatt mit dem Betreuungsgeld den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen künstlich zu verkleinern, wäre dieses Geld als Hilfe für die Kommunen beim Ausbau und insbesondere beim Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtungen sinnvoll eingesetzt.«

Hebammen fordern bessere Arbeitsbedingungen



Die Linksfraktion hatte das Treffen mit der Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Hebammenverbandes und den Streik der Hebammen am 05. Mai 2011 zum Anlass genommen, einen Antrag in die Plenarsitzung zu bringen, der noch einmal die Situation der Hebammen und Geburtshelfer aufmerksam machen sollte. Sie forderte die Landesregierung auf, einen Runden Tisch mit allen Beteiligten zu initiieren, um Lösungswege zu entwickeln, die Einkommenssituation dieses Berufsstandes verbessern und die Versorgung durch Hebammen und Geburtshelfer sicherstellen. Des weiteren wurde die Landesregierung aufgefordert, sich für die Umsetzung gefundener Lösungswege auf Bundesebene einzusetzen. In der Plenardebatte hob die Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Ranka Prante deutlich hervor, dass nur eine angemessene Entlohnung der Hebammen zu der Sicherung einer flächendeckenden Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum des Landes führen kann. Sie enttarnte das Vorgehen der regierungstragen-

den Fraktionen, die kurz zuvor noch einen Änderungsantrag eingereicht hatten, als Täuschungsmanöver. Denn noch im Juni 2010 hatte die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN jegliche Unterstützung der Hebammen von staatlicher Seite abgelehnt. Unterstützt wurden wir vom SSW und Bündnis/Die Grünen, die dem Antrag der LINKEN zustimmten. Auch einem Antrag der Grünen zu diesem Thema wurde von unserer Seite zugestimmt, da auch dieser gute Handlungsmöglichkeiten aufzeigte. Leider scheiterten diese beiden Anträge an der Mehrheit von Schwarz-Gelb.

1. Einen **WÜRDEVOLLEN START** ins Leben
2. Ein **BEDINGUNGSLOSES JA** zur normalen Geburt
3. Die **WAHLFREIHEIT** des Geburtsortes
4. Bessere **ARBEITSBEDINGUNGEN**
5. **HEBAMMENHILFE** für alle Frauen

Übernahme des IFM GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft

DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag hält die Übernahme des IFM GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft für eine Mogelpackung. Durch die Übernahme sollte der Landeshaushalt um 25 Millionen Euro entlastet werden. Nach aktuellen Berechnungen geht man nur noch von 13-17 Millionen Euro aus. Hinzu kommt, dass das IFM GEOMAR bisher hervorragende Arbeit als Leibnitz Institut geleistet hat. Klar ist, das IFM GEOMAR wird zur finanzpolitischen Verschiebemaschine degradiert, Forschungs- und wissenschaftsrelevante Argumente treten damit in den Hintergrund. Das Argument des Ministers de Jager, die Meeresforschung stärken zu wollen, ist deshalb mehr als ungläubwürdig.



Björn Thoroer, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion, erwähnte in seiner Rede die mit der Übernahme verbundenen Probleme: „Mit dem Übergang des IFM GEOMAR in die

Helmholtz-Gemeinschaft fällt die Möglichkeit Drittmittel aus DFG einzuwerben wahrscheinlich weg. Die fehlenden Mittel sollen direkt vom Land in den Haushalt des IFM eingestellt werden. Das finden wir bedenklich.

DIE LINKE fordert: Die Unabhängigkeit der Forschung muss gewährleistet sein. Wenn Programmforschung zur Regel wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Meeresforschung ihr bundesweites Ansehen ähnlich wie die Uni Lübeck einbüßt. Es wird immer schwerer werden, renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für Schleswig-Holstein zu begeistern. Im Gegenteil, die Kompetenzabwanderung hat leider schon begonnen“, so Thoroer. Außerdem ging er auf den noch immer nicht gesicherten Hochschulstandort Lübeck ein. Die Diskussion um die Schließung hatte letztes Jahr für Großdemonstrationen vor dem Landtag gesorgt: „Noch immer haben wir kein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Medizinstandort Lübeck. Wenn weiterhin Chaos und Verunsicherung geschürt werden sollen, dann ist das der richtige Weg. DIE LINKE fordert stattdessen, Anreize zu schaffen, um den Forschungsstandort attraktiver zu machen. DIE LINKE wird sich weiterhin für eine ausfinanzierte unabhängige Wissenschaft einsetzen.“



Björn Thoroer, Hochschulpolitischer Sprecher

„Herr de Jager, es reicht Ihnen nicht, zum schlechtesten Wissenschaftsminister Deutschlands gewählt worden zu sein. Sie möchten offenbar zeigen, dass sie den Titel auch verteidigen können.“

(Björn Thoroer)

Schleswig-Holstein: Daddelhalle der Republik?

Einmal mehr diskutierte der Landtag über das geplante Glücksspielgesetz. Dieses ist von den Fraktionen von CDU und FDP eingereicht worden. Parallel zur Debatte versucht die Landesregierung die anderen Bundesländer unter Druck zu setzen. Denn zwischen den Landesregierungen wird gerade der Glücksspielstaatsvertrag neu verhandelt, der das Glücksspiel bundesweit einheitlich regelt. Durch das Vorpreschen Schleswig-Holsteins wird ein gemeinsames Agieren der Bundesländer torpediert. Ziel von CDU und FDP: Weitgehende Liberalisierung des Glücksspiels. CDU und FDP hoffen, dass Wettanbieter, die bisher aus dem europäischen Ausland in Deutschland illegales Glücksspiel über das Internet anbieten, sich im Land zwischen den Meeren niederlassen, wenn es eine entsprechende gesetzliche Regelung auf Landesebene gibt.

Dann könnten Anbieter von Schleswig-Holstein aus das Glücksspiel (zum Beispiel online-Poker oder Sportwetten) im Internet anbieten. Die Steuern für dieses Glücksspiel bleiben dann im Land, auch wenn der Spieler in München sitzt. Verständlicher Weise sind die anderen Bundesländer darüber nicht erfreut. CDU und FDP nehmen auch in Kauf, dass durch eine Legalisierung das Glücksspielangebot wächst. Aus der Sicht der Suchtprävention

ist dies eine sehr problematische Entwicklung. Schon jetzt sind 0,9 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein glücksspielsüchtig. Die Liberalisierung in Australien hat dort zu einem Anstieg der Glücksspielsucht auf 2 Prozent der Bevölkerung geführt.

DIE LNKE fordert deshalb die Beibehaltung des Glücksspielmonopols beim Staat. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern sollten die Schwächen des jetzigen Entwurfes des Glücksspielstaatsvertrages beseitigt werden. Beispielsweise lehnt DIE LINKE Internetsperren kategorisch ab. Unabhängig davon forderte Uli Schippels für DIE LINKE stärkere gesetzliche Regelungen für sogenannte „Geldspielautomaten“ in Gaststätten und Spielhallen. Es sei absurd, dass diese Daddelautomaten nicht unter das Glücksspiel fallen (sie gelten als Unterhaltungsspiel), obwohl sie nachgewiesener Weise das höchste Suchtpotential haben. Uli Schippels forderte eine gesetzliche Regelung analog des Gesetzes der rot-roten Landesregierung in Berlin.



Foto: weisserstier@pixelio.de

